Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 11

Artikel: Ein Kreuzzug der amerikanischen Ärzte
Autor: L.R.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336505

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Kreuzzug der amerikanischen Ärzte

Amerikanische Reklameagenturen können sich nicht über schlechten Geschäftsgang beklagen. Die Aufträge sind größer als je zuvor, und die Profite erreichen Rekordzahlen. Die Besitzer der Agenturen haben allen Grund, mit sich selbst und der Welt zufrieden zu sein. Nicht nur haben sie bei der Investierung im Inseratengeschäft eine gute Nase bewiesen. Nicht nur erleben sie gegenwärtig den größten Boom in der Geschichte der kommerziellen Reklameunternehmungen. Alle Anzeichen sprechen auch dafür, daß die Prosperität noch lange andauern und daß für die kommenden Monate neue Rekordgewinne zu erwarten sind.

Einer der Faktoren, die diesen Optimismus rechtfertigen, ist die vor kurzem begonnene Propagandakampagne der amerikanischen Ärzte. Die American Medical Association, der Berufsverband der Ärzte, hat anfangs Oktober den größten Reklamefeldzug gestartet, der je von einer professionellen Organisation in den Vereinigten Staaten unternommen wurde. Ein Budget von 1,1 Millionen Dollar steht zur Verfügung, um das amerikanische Volk über die Gefahren eines nationalen Gesundheitsdienstes «aufzuklären». Diese Summe dient zur Finanzierung ganzseitiger Inserate in allen bedeutenden Zeitungen, die die «sozialisierte Medizin» anprangern, und zum Kauf von Radiozeit, wo geschulte Propagandisten die gleiche Aufgabe mündlich ausführen. Aber das ist nur ein bescheidener Anfang. Der Ärzteverband hat die Großindustriellen um Hilfe ersucht, und die Bitte ist nicht unerhört geblieben: 24 große Versicherungsgesellschaften, Eisenbahnen und Elektrizitätswerke, Hersteller pharmazeutischer Produkte, haben sich in die Front der Ärzte eingereiht. Vorsichtigen Schätzungen zufolge werden diese Verbündeten weitere 19 Millionen Dollar für Reklamezwecke zur Verfügung stellen. Der Ärzteverband kann also damit rechnen, daß sein Propagandafeldzug mit 20 Millionen Dollar finanziert werden kann. In technischer Hinsicht bedeutet das, daß eine unübersehbare Flut von Broschüren, Flugblättern, Zeitungsinseraten und Radioreklamen in den nächsten Monaten auf das amerikanische Volk einströmen wird. Und alle diese Propagandaerzeugnisse werden das gleiche Thema in mehr oder weniger origineller Form abwandeln. Sie werden behaupten, daß die Freiheit des amerikanischen Volkes gefährdet ist, wenn Präsident Trumans Plan eines nationalen Gesundheitsdienstes vom Kongreß angenommen wird.

Warum bekämpfen die Ärzte diesen Plan? Liest man eines der umfangreichsten Zeitungsinserate, dann kann man auch beim besten Willen die Gründe für ihre Opposition nicht entdecken. Es ist eine Sammlung von glitzernden Schlagworten und demagogischen Behauptungen. Worauf alles schließlich hinausläuft, ist, daß die amerikanischen Ideale und der amerikanische Lebensweg zerstört werden sollen; daß die Realisierung der «sozialisierten Medizin» eine sozialistische – oder kommunistische Diktatur unabwendbar machen würde. Was sich hinter der sozialisierten Medizin verbirgt, wird dem Leser freilich nicht mitgeteilt. Man diskutiert nicht, sondern behauptet, daß man allein im Rechte sei und die Gegenseite unrecht habe. Goebbels hat nicht umsonst gelebt. Seine Technik der «großen Lüge» hat auch in diesem Lande eifrige Nachahmer gefunden.

Glücklicherweise ist das amerikanische Volk nicht allein auf die Propaganda des Ärzteverbandes angewiesen. In einem Artikel in dem bekannten «Harper's Magazine»

– das bestimmt nicht sozialistischer Sympathien verdächtigt werden kann – hat der Journalist Milton Mayer die Hintergründe des ärztlichen Kreuzzuges analysiert. Mayer weist zunächst einmal darauf hin, daß die sozialisierte Medizin nichts anderes bedeutet als die obligatorische Krankenkassenversicherung, die in Deutschland schon 1883 und in den meisten andern zivilisierten Staaten vor mehreren Jahrzehnten eingeführt wurde. An Hand statistischer Unterlagen weist er ferner nach, daß mindestens zwei Drittel aller amerikanischen Familien nicht in der Lage sind, die Kosten einer chronischen oder länger dauernden Krankheit oder einer größeren Operation zu bezahlen. Er analysiert die Opposition des Ärzteverbandes und kommt zum Schlusse, daß sie von etwa 10 Prozent der Verbandsmitglieder ausgeht, die weit mehr verdienen als ihre Kollegen. Es sei diese Gruppe, die den Berufsverband beherrsche und die – weil sie kein Interesse an einer obligatorischen Krankenkassenversicherung hat, von der sie eine Verminderung ihres Einkommens befürchtet – den Plan des Präsidenten am heftigsten bekämpft. Mayer glaubt, daß die übrigen 90 Prozent der Ärzte von der Propaganda ihrer Kollegen ebenso verführt wurden wie ein Teil der Abgeordneten, die im Kongreß dem nationalen Gesundheitsdienst opponieren. Seine Schlußfolgerung ist, daß die Mehrzahl der amerikanischen Ärzte den Plan unterstützen würde, wenn sie besser darüber unterrichtet wären, wie ähnliche Systeme in Europa funktionieren.

Der Kreuzzug des Ärzteverbandes hat aber auch andere Befürworter eines nationalen Gesundheitsdienstes auf den Plan gerufen. Der demokratische Senator Murray von Montana bezeichnete die nun angelaufene Propagandakampagne als eine «tragische Verschwendung». Der republikanische Kongreßmann John Dingell von Michigan gab folgenden Kommentar: «Das amerikanische Volk soll die große Lüge schlucken, daß Krankheit Gesundheit ist, daß Versicherung Sozialismus und Kommunismus ist, daß Präsident Trumans Plan eines nationalen Gesundheitsdienstes sozialisierte Medizin ist». Und die linksliberale Zeitschrift «New Republic» rechnete ihren Lesern vor, daß mit den 20 Millionen Dollar, die der Ärzteverband für seine Propagandakampagne ausgibt, ein Jahr lang die Ärzterechnungen von 160 000 Familien bezahlt werden könnten. Die gleiche Summe würde ausreichen, um 9000 Studenten vier Jahre lang das Studium zu bezahlen, die dann später 6 Millionen Patienten ärztlich betreuen könnten. Oder man könnte damit 5500 Herzspezialisten ausbilden, die die Zahl von 600 000 Amerikanern, die jährlich an Herzkrankheiten sterben, beträchtlich reduzieren würden.

Es bleibt noch die Frage abzuklären, warum sich die Großindustriellen am ärztlichen Kreuzzug beteiligen. Wieder lassen wir einen unverdächtigen Zeugen sprechen, nämlich die Zeitschrift «Fortune», die ihre Sympathien für «big business» nie verleugnet hat. In einer der letzten Nummern teilt «Fortune» ihren Lesern mit, daß gegenwärtig ein gewaltiger Propagandafeldzug im Gange ist, der das Free-enterprise-System dem amerikanischen Volke anpreisen soll. Für diese Aufgabe stehen 100 Millionen Dollar zur Verfügung, so daß die Ärztekampagne nur ein kleiner Teil eines weit größeren und umfassenderen strategischen Planes ist. Trotz dieser riesigen Summe glaubt aber die Redaktion der Zeitschrift nicht an einen Erfolg des kapitalistischen Kreuzzuges. Sie frägt an, ob man ein abstraktes Konzept wie Free-enterprise popularisieren kann, und verneint die Frage. Sie bezeichnete die ganze Kampagne als negativ und deshalb psychologisch falsch. Es fehle an einem positiven Gegenprogramm zu dem negierten System. In ihrer jetzigen Form sei die Propaganda der Free-enterprise-Anhänger kindisch, unsachlich und eine Beleidigung des amerikanischen Volkes, dessen gesunder Menschenverstand angezweifelt werde.

Wir haben dieser Kritik nichts hinzuzufügen. Sie spricht für sich selbst. In einem weiteren Sinne aber können die Befürworter einer fortschrittlicheren Gesellschaftsordnung daraus Hoffnung und Ermutigung schöpfen. Historische Erfahrung lehrt, daß ein System, das sich ideologisch nur noch defensiv verteidigt, auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann. L. R.

Hohe oder niedrige Spitzengehälter in der nationalisierten Wirtschaft?

Die Überführung von Wirtschaftszweigen aus privaten Händen in die Hände der Öffentlichkeit wirft eine Unzahl von neuen Problemen auf, mit denen sich die Arbeiterbewegung auseinandersetzen muß. In Großbritannien werden die Eisenbahnen, der Bergbau, die Elektrizitätswirtschaft und andere Produktionszweige jetzt von öffentlichen Korporationen geleitet, an deren Spitze Kollegien stehen, deren Mitglieder den verschiedensten sozialen Schichten entstammen. Manche wurden von früher her übernommen, andere arbeiteten vorher als Staatsbeamte oder als Techniker, Statistiker usw., und noch andere sind aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen, die einerseits darüber Klage führt, daß prozentual nicht genug Menschen mit einer gewerkschaftlichen «Vergangenheit» zum Zuge kommen, und anderseits jedem ihrer Funktionäre nachtrauert, den sie an die nationalisierte Wirtschaft abgegeben hat. Die Spitzenfunktionäre der verstaatlichten Betriebe und Betriebszweige erhalten nun relativ hohe Gehälter, die in den Reihen der Arbeiterschaft mit scheelen Augen betrachtet werden. Das ist weiter nicht verwunderlich, zumal von Regierung und Arbeiterpartei der Arbeiterschaft immer wieder angesichts der Gefahren einer inflationistischen Entwicklung Maßhalten in der Stellung von Lohnforderungen empfohlen wird. Gehälter von 5000 Pfund jährlich sind für die leitenden Funktionäre eines vergesellschafteten Wirtschaftszweiges keine Seltenheit, und sie steigen in Ausnahmefällen auch bis zu 8000 Pfund an, übersteigen also weit das Salär eines Mitgliedes der Regierung. Für den Vorsitzenden der die Eisen- und Stahlindustrie leitenden Korporation wurden zum Beispiel 7500 Pfund ausgesetzt. Man darf aber nicht übersehen, daß solche Einkommen einem viel höheren Steuersatz unterliegen als Durchschnittseinkommen und daß die Bezüger solcher Gehälter ein Maß von persönlicher Verantwortung haben, das im Bereiche der Privatwirtschaft weit stärker entlöhnt zu werden pflegt. Immerhin kann sich kein Staatsbeamter – und viele von ihnen haben auch eine hohe Verantwortung – und schon gar kein Gewerkschaftsfunktionär eines ähnlichen Einkommens rühmen, so daß eine gewisse Mißstimmung begreiflich ist. Man kann sie kaum durch den zweifellos richtigen Einwand zerstreuen, daß vor der Verstaatlichung zum Beispiel des Bergbaus an weit mehr Personen als jetzt völlig außerhalb der Kontrollmöglichkeiten der Öffentlichkeit weit höhere Gehälter bezahlt wurden, die die Produktionskosten weit mehr belastet haben, als das jetzt der Fall ist. Dem Jahresbericht der Gesamtstaatlichen Bergbauzentrale (National Goal Board) für 1949 ist zu entnehmen, daß der Verkaufspreis einer Tonne Kohle 47 Schilling 11 Pence ist und daß davon ein Betrag von 4 Pence auf die administrativen Auslagen entfällt, also etwa 0,75 Prozent. In diesem lächerlich niedrigen Budgetposten von 0,75 Prozent sind die Gesamtkosten des administrativen Apparates mit allen Gehältern enthalten, von denen natürlich die Spitzengehälter wieder nur einen ganz un-